

rend die andere alle Schwierigkeiten zu umgehen und auf die Amtsnachfolger abzuwälzen sucht. Die gestrige Marinedebatte zeigt, welche Strömung jetzt ans Ruder gelangt ist.

Der „Daily Express“ schreibt: Der Premierminister lebt immer noch in der Hoffnung, einen Abrüstungsvertrag mit Deutschland schließen zu können. Trotz der wiederholt erfahrenen Abweigungen verfolgt er immer noch seine alte Politik, als wenn unser Volk und unser Land geistig und finanziell so arm wäre, daß es nicht seine unumschränkte Oberherrschafft im Vertrauen auf die eigene Kraft aufrechterhalten kann.

Der „Daily Graphic“ endlich führt aus: Wir haben eine Partei, die in dem Gedanken schwelgt, internationale Verwicklungen könnten durch Friedenskonferenzen beigelegt werden. Der Gedanke des Angriffs einer fremden Macht auf unser Land erscheint diesen Leuten so schrecklich, daß sie einfach nicht daran glauben. Heißt dies nicht Vogel-Strauß-Politik treiben? Der Strauß handelt nach demselben Prinzip; er verbirgt seinen Kopf im Sand, um eine drohende Gefahr nicht zu sehen.

Ein Irrtum des Premierministers.

Die Berliner „Post“ weist darauf hin, daß dem englischen Premierminister mit seiner Behauptung, im vorigen Herbst habe eine Borausnahme von vier Schiffen des deutschen Dreadnought-Programms stattgefunden, ein großer Irrtum unterlaufen sei, denn in der Sitzung des Reichstags vom 29. März 1909 habe Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, daß lediglich zwei Privatwerften der Bau von zwei Schiffen aus dem Etat von 1909 zugesichert worden sei. Eine bestimmte Abmachung habe dagegen nicht stattgefunden und konnte auch erst nach Genehmigung stattfinden. Wenn Herr Asquith ferner wiederholt, daß die Bauzeit deutscher Dreadnoughts heute auf 26 bis 33 Monate herabgesetzt sei, so sei auch das ein Irrtum, da die Bauzeit noch heute 36 bis 40 Monate beträgt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Zum 90. Geburtstag des Prinzregenten von Bayern. Die bayerischen Städte haben beschlossen, dem Prinzregenten anlässlich seines 90. Geburtstages am 19. März 1911 eine gemeinsame Adresse zu überreichen. Weiter soll eine Sammlung in ganz Bayern veranstaltet werden, deren Ertrag dem Regenten zu einer Stiftung übermittleit werden soll.

Fürst Bülow in Berlin. Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg nahm bei seinem gestrigen zweistündigen Besuche beim Fürsten und der Fürstin v. Bülow auch den Tee bei diesen ein. Abends machte Fürst Bülow einen Spaziergang im Ziergarten und stattete mehrere Besuche ab.

Der allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkerstag findet vom 28. bis 30. August im Handwerkskammergebäude zu Berlin statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorträge über folgende Gegenstände: Fabrik und Handwerk, Heranziehung der Großbetriebe zu den Aufwendungen der Innungen für allgemeine Zwecke; Lehrlingsausbildung; Die Behandlung parlamentarischer Gesetzentwürfe für das Handwerk; Arbeitskammern; Reichsversicherungsordnung; Sicherung der Bauforderungen; Submissionswesen; Innung und Arbeitgeberverband; Ausführung der durch den neuesten ministeriellen Erlaß den Innungen gewährten Rechte; Schutz der Arbeitswilligen; Gefängnisarbeit, Beamten-Konsumvereine. Anträge zur Ergänzung oder Erweiterung dieser Tagesordnung, sowie etwaige Wünsche in bezug auf die Ernennung der Referenten zu den einzelnen Gegenständen sind baldigst an das Bureau Berlin N., Chausseestraße 110, zu richten.

Ein württembergisches Reformationsdenkmal ist für Stuttgart geplant. Schon im Jahre 1901 tauchte der Gedanke an ein solches auf, ohne daß energische Schritte in dieser Angelegenheit getan worden wären. Infolge der Borromäus-Enzyklika jedoch kam eine neue und kräftige Bewegung und es wurde ein Komitee unter dem Vorsitz des Konsistorialpräsidenten a. D. Dr. Freiherrn von Gemmingen, langjährigem Mitglied der Abgeordnetenversammlung, gebildet, das sich zunächst an die Stadtverwaltung um Überlassung eines geeigneten Platzes wandte. Die Stadtverwaltung bestimmte an der alten, mit der Reformation geschichtlich verbundenen Hospitalkirche einen ganz geeigneten Platz, und der Ausschuß erließ jetzt einen Aufruf an die Öffentlichkeit zur Errichtung eines württembergischen Reformationsdenkmals, an dessen Zustandekommen nicht zu zweifeln ist.

Die für das Denkmal erforderlichen Mittel werden sich auf 50 000 M belaufen.

Die Berliner Parteileitung gegen die badi-schen Sozialdemokraten. Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine in sehr scharfen Worten gehaltene Erklärung gegen die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion, die beim Finanzgesetz für das Budget gestimmt hat, und schreibt u. a.: Aus Baden kommt eine Nachricht, die nicht verfehlen wird, bei den meisten Parteigenossen peinliche Überraschung und lebhaftes Bedauern zu erwecken. Die badische Fraktion hat bei der Abstimmung über das Finanzgesetz für das Budget gestimmt. Es ist die äußerst bedenkliche und ernste Tatsache zu konstatieren, daß die sozialdemokratische Fraktion eines Landtages die Beschlüsse der deutschen Parteitage für sich als nicht bindend ansieht. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Partei, daß eine so offene Nichtachtung von Parteibeschlüssen zu verzeichnen ist, denn als vor zwei Jahren die süddeutschen Landtagsabgeordneten für das Budget stimmten, suchten sie die Abstimmung wenigstens formell durch eine Interpretierung mit den Beschlüssen der Parteitage zu Lübeck und Dresden in Einklang zu bringen. Aber diesmal wird ein solcher Versuch nicht gemacht. Die Beschlüsse der Parteitage sind keine Demonstrationen, die man heute begehrt und morgen wieder löst. Im Interesse der Einheit der Partei und der Agitation muß sich die Minorität der Majorität unterordnen. Das badische Beispiel ist eine ernste Warnung an die gesamte Partei, den Klassenkampf mit rücksichtsloser Offenheit und Schärfe in den Vordergrund zu stellen. Die bürgerliche Gesellschaft, die das Proletariat knechtet und seine Befreiung hemmt, muß überwunden werden durch Befestigung der politischen Macht.

Jubiläum der Unfall- und Invalidentversicherung. Am 1. Oktober d. J. wird eine große Feier zur Erinnerung an die Einführung der Unfall- und Invalidentversicherungsgesetzgebung begangen werden. Es ist bekannt, daß unsere Arbeiterversicherungsgesetzgebung nicht mit einem Schläge ins Leben getreten ist, daß sie vielmehr aus einer langen Reihe von einzelnen Gesetzen besteht, die in verschiedenen Jahren eingeführt worden sind. Der erste Angriff geschah mit dem Unfallversicherungsgesetz, weil dieses nach einem Ausdruck des Fürsten Bismarck am meisten urgierete, am dringendsten ersehnte. Zustandekommen ist aber zunächst ein Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung. Dann folgte das Gesetz über die obligatorische Unfallversicherung der gewerblichen Arbeiter und darauf das Gesetz über die Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Die Gründung der Berufsgenossenschaften geschah aber vor jetzt 25 Jahren. Die Einführung der Alters- und Invalidentversicherung erfolgte etwas später. Da aber die Errichtung der Berufsgenossenschaften als eine erste große Etappe und als ein Ausgangspunkt unserer sozialen Versicherungs-gesetzgebung zu betrachten ist, so sind der Verband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Vorstände der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, sowie der Landesversicherungsanstalten übereingekommen, am 1. Oktober das 25jährige Jubiläum der Unfall- und Invalidentversicherung zu begehen.

Die Strafprozessreform. Die Kommission verhandelte am Freitag den Abschnitt „Privatklage und Nebenklage“. Der Entwurf hatte auch die Verfolgung im Wege der Privatklage zugelassen, wenn Körperverletzungen durch Fahrlässigkeit von Personen verursacht werden, die zu der Aufmerksamkeit, welche sie außer Acht lassen, vermöge ihres Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet waren. Das lehnte die Kommission mit 20 gegen 6 Stimmen ab, dagegen nahm die Kommission die Bestimmung des Entwurfs an, die auch bei sogenannten schweren Körperverletzungen die Privatklage zuläßt. Zu § 378 lag ein Antrag vor, auch Minderjährigen das Recht zu geben, Privatklage zu erheben, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Antrag wurde angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend.

England.

England zum russisch-japanischen Abkommen. Die Londoner Handelskammer hat beschlossen, der Regierung dringend vorzustellen, daß eine weitere Entwicklung von Bahnen und kommerziellen Unternehmungen seitens britischer Untertanen in der Mandchurie wünschenswert sei.

Die englischen Rüstungen. Auf einem Bankett der Bankiers und Kaufleute von London sagte der Minister Lloyd George: Alle Nationen schienen von einer epidemischen Verschwendung angesteckt zu sein. England habe die Führung, aber auch

das größte Reich zu verteidigen. Man müsse auf ein besseres Verstehen unter den Völkern hoffen.

Die Lage im Baumwollgewerbe. Auf einer Zusammenkunft der Arbeitgeber und Arbeiter der Baumwollindustrie in Manchester wurde einstimmig beschlossen, eine Regelung der Lohnfrage dadurch zu empfehlen, daß die Arbeitgeber die Forderung einer Ermäßigung um 5 Proz. unter der Bedingung zurückziehen sollen, daß innerhalb der nächsten 5 Jahre keine Forderung einer Erhöhung oder Verminderung erhoben werden solle.

Spanien.

Eine Verschwörung? In Valladolid wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und ein Mann aus Barcelona verhaftet. Die Polizei glaubt, eine Verschwörung entdeckt zu haben, die auf den König bei seiner Durchfahrt einen Anschlag plante.

Amerika.

Die Lage in Nicaragua. Wegen der in West-nicaragua herrschenden fremdenfeindlichen Stimmung ist das in Panama liegende amerikanische Kanonenboot nach Corinto beordert worden.

Aus Stadt und Umgebung.

* Bischofswerda, 16. Juli. Mitteilungen aus der Sitzung des Stadtrats vom 15. Juli. Vorsitzender Bürgermeister Gagemann. Anwesend: 5 Ratsmitglieder. In Sachen des baurechtlichen Ortsgesetzes nimmt der Rat nach dem Vorschlag des Bau-Ausschusses eine Bestimmung des Inhalts an, daß der Anlieger eines beim Inkrafttreten des Ortsgesetzes bereits bebauten Grundstücks, und zwar gleichgültig, ob es im Innern der Stadt oder außerhalb des Ringes liegt, die Kosten für Herstellung der Fahrbahn mit einem Viertel zu erstatten hat. Der Anlieger eines Grundstücks, das künftig bebaut wird, hat, wie dies bereits von den städtischen Kollegien übereinstimmend festgesetzt worden ist, die Hälfte der Fahrbahn zu bezahlen. Das Stadtverordnetenkollegium ist zum Beitritt zu diesem Beschluß zu ersuchen.

* Bischofswerda, 16. Juli. Versammlung des Hausbesitzer-Vereins. Im Saale des Hotel zur „Goldenen Sonne“ tagte gestern abend die erste Versammlung des vor kurzem ins Leben gerufenen Haus- und Grundstücksbesitzer-Vereins. Der erste Vorsitzende, Herr Amtsstraßenmeister Richter, eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten und erteilte dem Sekretär des sächsischen Hausbesitzer-Verbandes, Herrn Schumann aus Chemnitz zu einem Vortrag das Wort. In sehr fesselnder Weise wußte der Vortragende eine Reihe Fragen, welche die Haus- und Grundstücksbesitzer berühren, aufzurollen. Er behandelte erst eingangs die allgemeinen großen Ziele des Hausbesitzer-Verbandes, welche zu dem Zusammenschluß geführt haben und wies darauf hin, wie notwendig es sei, daß gerade auch die vereinigten Hausbesitzer zu den Kommunal- und Landtagswahlen Stellung nehmen. Dem Eintreten des ca. 38 000 Hausbesitzer in sich vereinigen den Verbandes sei es zu verdanken, daß im Landtage nunmehr eine Anzahl Männer vertreten sind, welche ein Herz für die berechtigten Wünsche der Hausbesitzer hätten. Es sei auch dringende Pflicht der Hausbesitzer, an allen Fragen des kommunalen Lebens teilzunehmen, denn die Interessen von Gemeinde und Hausbesitzer seien aufs innigste mit einander verknüpft. Der Vortragende schilderte sodann kurz die Aufgaben der örtlichen Vereine, welche hauptsächlich in Wohnungsnachweis, Schutz gegen zahlungsunfähige Mieter, Rechtsschutz, Rat in Beschaffung von Hypotheken u. a. m. beständen und ging dann darauf über, die Kämpfe zu schildern, welche der Verband zur Abwehr der von Staats- und Reichsgesetzgebung drohenden schweren Schädigungen der Interessen der Hausbesitzer geführt habe. Er besprach dabei das Gemeindegroßsteuergesetz von 1904 und teilte mit, daß dem nächsten Landtage wieder eine Gemeindegrundsteuerreformvorlage zugehen werde, welche voraussichtlich den Hausbesitzern neue Lasten auferlegen werde. Mit Erfolg sei der Verband seinerzeit gegen die vom Verband der Vereine Creditreform beantragte Öffentlichkeit des Grundbuches aufgetreten. In eingehender Weise kam sodann Herr Schumann auf die Landeshandveränderungsanstalt und die vom Verbands angestrebten Reformen zu sprechen. Der Verband fordere die Versicherung der Explosionsgefahr ohne besondere Prämie, eine gerechtere Verteilung der Beiträge und Sitz und Stimme in der Verwaltung. Ebenso werde die Versicherung gegen Mietverlust bei Brandschaden angestrebt. Auch die Baugenossenschaften

und (H
besprach
Schlusse
Betracht
Anwesen
und all
guteil.
Schuman
und brau
ordnung
den fäch
chung
stimmig
Verlesun
falls ein
der Tag
wählen
wählt w
fiter G
M ä d e
Sch m i
lung sin
findenden,
die Herr
1. Raffie
Schriftli
den gew
tus F a
merer
m e r m
bekannt
über 70
trägt A
* B
Sonntag
X B
beging
Grafe
seines G
zu seine
Geschäft
- 2 -
schuß ha
werter
Abteilun
die Sch
lassen, d
kostenfre
Anstalt
rechtiger
andere
Höchst a
raumes
gegenüb
fordert
handeln
- 3 -
obstbau
veranta
berverfa
C
Roma
(4. 30
„So
zubeben
ges Vor
im näch
Dollarsf
begann,
sich erst
musse.
Dor
müssen.
berg ni
Sie tat
einer K
die Erl
von Re
Anerbie
gen der
Seimfal
Rau
fal sein
es 3h
leicht u
wart ei
findet?
„Da
Herr vo
schauun
drüben
schen G
„We
turen
auch!“
„In